

Schwer zu kontrollieren

Zu: „Scholz entschuldigt sich wegen G20-Krawallen“, FR vom 11. November

Die Argumentation von Olaf Scholz kann nicht überzeugen, auch wenn man dem Ersten Hamburger Bürgermeister zumindest die öffentliche Entschuldigung für das G20-Chaos gegenüber der leidgeprüften Bevölkerung zugutehalten muss, die im Übrigen in sehr bezeichnender Art und Weise von Angela Merkel immer noch fehlt.

Schließlich ändert die Sichtweise der Sicherheitsexperten nichts daran, dass die Politik angesichts von Erfahrungen wie zum Beispiel beim G8-Gipfel in Genua im Juli des Jahres 2001 sehr genau wissen musste, was da auf eine Stadt wie Hamburg zurollt, wenn ein derartiges Treffen wieder mitten im Herzen einer Metropole mit ihren nicht wenigen engen und damit nur äußerst schwer von der Polizei zu kontrollierenden Gassen stattfindet.

Deshalb erscheint eine echte Selbstreflexion erst dann glaubwürdig, wenn Bürgermeister Olaf Scholz einräumt, dass es ein Fehler war, das vor allem für die lokalen Eliten prestigeträchtige Event an die Elbe zu holen, zumal die gerne noch verwendete Ausrede, dass nur größere Orte genügend Hotel- und Tagungskapazitäten anbieten, schlicht nicht stimmt, da in der Vergangenheit G20-Gipfel auch in viel kleineren Städten abgehalten wurden sowie ferner der insbesondere für die Demokratie so verheerende Eindruck erweckt wurde, dass sich elementare Grundrechte gegen Sicherheitsaspekte ausspielen lassen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Umleiten nach Hahn

Zu: „Ryanair will sich bessern“, FR-Regional vom 10. November

Wenn es Ryanair, sanktioniert von Fraport, nicht gelingt, das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen einzuhalten, gibt es eigentlich eine einfache Lösung. Man müsste die nach 23 Uhr ankommenden Flugzeuge auf Frankfurt-Hahn umleiten, wo Landungen nach 23 Uhr prinzipiell möglich sind.

Drei positive Effekte hätte diese Lösung:

1. Die für die Kunden von Ryanair entstehenden Unannehmlichkeiten werden diese bei der nächsten Buchung noch mal überlegen lassen, ob ein Flug mit Ryanair tatsächlich günstig ist.

2. Ryanair hat höhere Kosten, Fraport geringere Einnahmen. Beide Gesellschaften werden sich dann sicherlich deutlicher bemühen, das Nachtflugverbot zu respektieren.

3. Die lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger der Region haben eine ruhigere Nacht.

Walther Neu, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert die Podiumsdiskussion „Ist das Bahnhofsviertel noch zu retten?“ Mit Sicherheitsdezernent Markus Frank (CDU), Jürgen Mühlfeld (Leiter des Diakoniezentrums Weser 5) und Peter Postleb (früherer Leiter der Stabsstelle Sauberes Frankfurt).

20. November, 19.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Kurzroman „Die JFK-Akten“. Anschließend Publikumsgespräch zum Thema „Verschwörungsphantasien und Verschwörungstheorien in der US-amerikanischen Geschichte“. Veranstaltung von Pro Lesen e.V. Eintritt frei.

23. November, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Peter Hanack moderiert das Bürgerforum Rhein-Main zur Integrationskampagne des Landes „Löwen im Herz“: „Wie wollen wir zusammenleben?“ u.a. mit Dragoslav „Stepi“ Stepanovic, Mimi Fiedler, den Lochis.

23. November, 19 Uhr
Messe, Kaiserstr. 108, Offenbach

Stephan Hebel Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen.

23. November, 20 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Frankfurt

Katja Thorwarth, Arnd Festerling und Stefan Krieger tragen im Hate Slam eine Auswahl der gemeinsten und krassesten Hass- und Schmähbriebe vor.

23. November, 20 Uhr
Culture Club, Vor der Pulvermühle 11, Hanau

Fluglärm ist ein Umweltgift

Fluglärm: „Offenbach fordert mehr Geld“ und „Kritik an Lärmdeckel“, FR-Regional vom 10. und 11. November

Die tägliche Körperverletzung

Die Meldung der FR vom 10. November, dass das Land Hessen seine Fraport-Dividende an 21 besonders stark von Fluglärm betroffene Kommunen verteilen will, bedarf der richtigstellenden Ergänzung. Die Fraport AG weist in 2016 ein Konzernergebnis von 375,4 Millionen Euro nach und schüttet davon 138,7 Millionen Euro (36,9 Prozent) an Dividende aus. Entsprechend seinem Aktienanteil von 31,32 Prozent erhält das Land Hessen davon dann 43,5 Millionen Euro, macht in fünf Jahren 217,5 Millionen Euro. Davon gibt das Land aber nur zehn Prozent an die 21 Kommunen weiter und behält die restlichen 90 Prozent. Aus dem Topf von jährlich 4,5 Millionen Euro wird Offenbach als eine der in der Rhein-Main-Region am stärksten durch Fluglärm belasteten Kommunen mit gerade mal 393 000 Euro, das sind 8,7 Prozent, abgespeist.

Da kann bei der Stadt wahrlich keine Freude aufkommen. Noch weniger aber bei uns Bürgern, die wir ja gar nichts erhalten, obwohl wir die durch Fluglärm eigentlich Geschädigten sind. Müsste die Fraport AG für die tägliche Körperverletzung, für den Verlust an Lebensqualität und für die Ruinierung der Naherholungsgebiete den Menschen in der Region eine angemessene Entschädigung zahlen, bliebe für eine Dividendenaus-schüttung gar nichts mehr übrig. Folglich bleibt unter dem Strich bei Fraport nur deshalb etwas hängen, weil der Flughafenbetreiber für die Schäden, die er anrichtet, gar nichts bezahlt. So einfach ist das.

Übrigens reicht die Stadt Frankfurt von den eigenen 27,7 Millionen Euro Dividende aus

2016 keinen einzigen Cent an ihre Bürger weiter, noch nicht einmal an die durch Fluglärm Höchstbelasteten im Frankfurter Süden. Hans Schinke, Offenbach

Menschenverachtendes Kompromisspapier

Fluglärm ist ein Umweltgift, das die Gesundheit der damit belasteten Menschen gefährdet. Dies trifft insbesondere für Kinder und Heranwachsende zu. Diese unumstößliche Tatsache muss bei der Betrachtung der geforderten Grenzen für Fluglärm an erster Stelle stehen und nicht das Streben der Luftverkehrsbranche nach Gewinnmaximierung. Die gesundheitlichen Risiken des Fluglärms waren schon während des Planfeststellungsverfahrens bekannt, sie wurden von den von Fraport finanzierten Experten kleingeredet. Erst wenige Monate vor der Inbetriebnahme der neuen Landebahn sollten die Risiken des Fluglärms evaluiert werden, die Norah-Studie wurde initiiert. Mit ihr heuchelten die Initiatoren Fürsorge um die Gesundheit der zukünftig vom Fluglärm neu belasteten Bevölkerung, offensichtlich angedacht als eine Art Tranquilizer. Die Ergebnisse sollten Grundlage für Schutzmaßnahmen vor den Folgen des Fluglärms sein.

Um die Ergebnisse der Studie im Hinblick auf Kinder kurz zu umreißen: Die Lesefähigkeit war beeinträchtigt, ein Alarm-signal: Wie sieht es mit den übrigen kognitiven Fähigkeiten aus? Was bedeutet die sogenannte Mediationsnacht von sechs Stunden für die Gedächtnisfunktion der Heranwachsenden? Fluglärmbelastete Kinder wiesen einen höheren Medikamentenverbrauch auf als unbelastete. Was sind die Ursachen? All das scheint jetzt keine Rolle mehr zuzuspielen. Dabei weist ei-

ne Fülle von wissenschaftlichen Belegen auf das Risiko nachhaltiger gesundheitlicher Schäden der durch Fluglärm belasteten Kinder und Jugendlichen hin, mit möglichen lebenslangen Folgen.

Verantwortungsbewusste Politiker müssten alles unternehmen, unseren Kindern ihren verfassungsgemäßen Schutz zu gewähren (Grundgesetz, Artikel 20A „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürliche Lebensgrundlagen“). Aber das Gegenteil ist der Fall, das Kompromisspapier zur Lärmobergrenze erlaubt eine Zunahme der Fluglärmbelastung. Ich neige aus ärztlicher Sicht dazu, dieses Papier als menschenverachtend zu klassifizieren. Übrigens, im Kompromisspapier ist von einer Zunahme der verlärmten Fläche die Rede, ehrlicher gegenüber uns Bürgern wäre es, stattdessen die Zahl der zusätzlich gefährdeten Menschen anzugeben.

Ernst-H. Scheuermann, Frankfurt

Obergrenze für Verdummung gesucht

Aha, nun soll es also um den Frankfurter Flughafen eine Lärmobergrenze geben – eine freiwillige. Na, da bin ich aber gespannt. Wie ist es im Straßenverkehr? Wie sähe es aus, wenn Geschwindigkeitsbegrenzungen freiwillig einzuhalten wären und Sanktionen bei Verstößen dagegen erst zwei Jahre später als noch zu klärende Maßnahmen ins Auge gefasst würden, so wie es dieser „Lärmkompromiss“ vorschlägt? Mir scheint, bei diesen Verhandlungen wird die Obergrenze für die Verdummungsmöglichkeit der Bevölkerung gesucht.

Elisabeth Schneider, Rodenbach

Diskussion: frblog.de/laermschutz

Noch besteht Hoffnung

Zur Diskussion über Antje Vollmers „linke Alternative“, Erwiderung auf „Verdinglichter Kapitalismus“ vom 13. November

Mit „Wann, wenn nicht jetzt“ verlangt Antje Vollmer von der parlamentarischen Linken, sich der Gemeinsamkeiten zu besinnen. Letztlich sollte die Forderung schon deshalb verständlich sein, weil alle drei Parteien sozialdemokratische Positionen vertreten.

Die Diskussion ist in eine über die kapitalistische Produktionsweise umgewandelt worden. Fürsprecher der herrschenden Ökonomie bemühen Argumente, Versatzstücke und Zeitzeugen, um ihren Kapitalismus zu verteidigen. Dabei wird so getan, als habe Georg Simmel („Philosophie des Geldes“) eine antimarxistische Schrift verfasst. Max Weber – ebenfalls als Kronzeuge bemüht – spricht von einer Wirtschaftsordnung (er benennt sie ausdrücklich „Kapitalismus“) „die mit überwältigendem Zwange bestimmt“ werde, „bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffes verglüht“

sei. Eine treffende und sehr zeitgemäße Analyse, sofort anschlussfähig an die Kritik der kapitalistischen Naturverhältnisse (Karathanassis) oder an den Begriff „Kolonisierung der Lebenswelt“ (Habermas).

Wir wollen auch nicht vergessen, dass – im Gegensatz zu den heutigen Apologeten des Kapitalismus – Max Weber wie Adam Smith, Ricardo und Marx

DEBATTE

Im Rahmen der Debatte um Antje Vollmers Projekt einer gemeinsamen Linken hatte FR-Leser Sigurd Schmidt aus Bad Homburg geschrieben: „Solange die sogenannte ‚revolutionäre‘ Linke an einem verdinglichten Kapitalismusbegriff hängt, kann es mit der reformistischen Linken, also der SPD, keine inhaltliche Zusammenarbeit geben.“

Debatte: frblog.de/vollmer

wussten, dass der Kapitalismus endlich ist (was nicht identisch ist mit „Sozialismus“ über der Exit-Tür. Es kann auch barbarisch mit Heulen und Zähneklappern zugehen). Frederike Habermann weist darauf hin, dass man sich eher ein Ende der Welt als das des Kapitalismus vorzustellen vermag.

Urkomisch ist es, wenn die Lukács'sche Verdinglichungskritik gegen die Kapitalismuskritiker gewendet werden soll. Kapitalismus ist ein Herrschaftsverhältnis, in dem menschliche Beziehungen hinter dem Rücken der Beteiligten in Warenverhältnisse verwandelt werden. Das meint eine kritische Theorie mit Verdinglichung.

Es wäre schön, wenn die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten in der SPD ein kleines Stück von dieser Kritik begreift. Noch besteht Hoffnung.

Wilfried Jannack, Hannover